

Parität 2030:

Auf dem Weg zum zukunftsfesten Spaltenverband

In einer Zeit von Veränderungen und Krisen muss sich der Paritätische Sachsen neu aufstellen. Den Rahmen dafür schafft das Zukunftskonzept 'Parität 2030'. Dessen Fundament bilden fünf Zukunftstrends, aus denen sich in den

kommenden fünf Jahren zehn Schwerpunkte für die Verbandarbeit ergeben. Der Fokus des Paritätischen wird auf die Interessenvertretung ausgerichtet, damit die Schwerpunkte im Sinne der Mitglieder zielführend bearbeitet werden können.

Fakten und Dialog: Fünf Zukunftstrends prägen die Bildungs- und Sozialarbeit

Den Auftakt bildeten im Sommer 2024 die Analyse internationaler Megatrends sowie die Befassung mit wissenschaftlichen Studien zur Zukunft der Sozialen Arbeit. Der Verband leitete daraus fünf Zukunftstrends ab, die für die Sozial- und Bildungsarbeit im Freistaat besonders prägend sein werden. Diese wurden in der Mitgliederversammlung nach Dringlichkeit und Wichtigkeit bewertet und in folgende Reihenfolge gebracht:

1. Öffentliche Finanzen unter Druck
2. Bevölkerungsentwicklung
3. Arbeitswelt im Wandel
4. Veränderte individuelle Lebenswelten
5. Strukturwandel in Stadt und Land

Anhand dieser fünf Zukunftstrends initiierte der Paritätische einen intensiven Austausch mit den Mitgliedsorganisationen. Auch der Beirat des Verbandes wurde einbezogen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Frage, wie die benannten Trends die Sozial- und Bildungsarbeit in Sachsen verändern. Welche Aufgaben, Probleme und Chancen ergeben sich daraus für die eigene Arbeit?

Die gewonnenen Erkenntnisse wurden dann durch die Geschäftsführung gemeinsam mit dem Mitarbeiter*innen zusammengefasst. Im Fokus standen dabei die fachbereichsübergreifende Bewertung und Prioritätensetzung.

Zehn Schwerpunkte prägen die verbandliche Arbeit bis 2030

Der Paritätische hat nunmehr zehn Schwerpunkte herausgearbeitet, die für die Vielfalt an Mitgliedern in den kommenden Jahren von großer Relevanz sein werden. Sie skizzieren die Herausforderungen und die sich daraus ergebenden Anforderungen an den Verband.

Pflichtaufgaben: Gesetzliche Aufgaben sind nicht ausfinanziert. Gesetzliche Pflichtaufgaben sind finanziell nicht ausreichend abgesichert, weil die im Bundes- und Landshaushalt bereitgestellten Mittel zur Umsetzung vor Ort nicht ausreichen. Durch diese strukturelle

Unterfinanzierung sind Angebote Sozialer Arbeit und Bildung gefährdet. Standards und personelle Ausstattung werden/sind in Frage gestellt.

Der Paritätische Sachsen muss sich für die adäquate Finanzierung gesetzlicher Pflichtaufgaben stark machen. In der Diskussion um Standards und personelle Ausstattung muss der Verband mit konkreten Vorschlägen an Politik und Verwaltung herantreten und dabei eine fachliche, fiskalische und gesamtgesellschaftliche Argumentation bedienen. Aspekte wie das Subsidiaritätsprinzip, Gemeinnützigkeit,

das Wunsch- und Wahlrecht sowie eine auf Selbstbestimmung ausgerichtete Soziale Arbeit sollten dabei begleitend immer eine Rolle spielen.

Freiwillige Aufgaben: Nichtpflichtige

Ausgaben werden reduziert. Weisungsfreie Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen stehen unter Konsolidierungsdruck. Weisungsfreie Pflichtaufgaben unterliegen dem pflichtgemäßen Ermessen und können nicht komplett gestrichen werden, bei freiwilligen Aufgaben ist dies möglich. Der Finanzbedarf für gesetzliche Pflichtleistungen schränkt die Handlungsspielräume von Land und Kommunen ein. Somit stehen Kürzungen oder der Wegfall von sozialen Angeboten im Raum.

Der Paritätische Sachsen muss sich für Bedarfsplanungen stark machen und diese konstruktiv mitgestalten. Zudem müssen die Bedeutung der sozialen Angebote für den Sozialraum insgesamt sowie deren positive Wirkung sichtbar gemacht werden. Dabei müssen fachliche, fiskalische und gesamtgesellschaftliche Argumente berücksichtigt werden.

Prekäre Haushaltslage sowie Haushaltssperren beschränken laufende Angebote und gefährden die soziale Infrastruktur. Haushaltssperren beschränken laufende Angebote für Menschen mit Unterstützungsbedarfen. Es ergeben sich Unsicherheiten für Träger und Klient*innen. Soziale Angebote sind unter Umständen zur Aufgabe gezwungen.

Der Paritätische Sachsen muss Politik und Verwaltung für die besondere Situation gemeinnütziger Angebote sensibilisieren. Gleichzeitig muss der Verband durch eine bessere Vernetzung mit relevanten Institutionen einen reibungsarmen Informationsfluss erwirken, um Mitglieder verlässlich und zeitnah informieren zu können.

Die Finanzierung Sozialer Arbeit wird durch die zunehmende Bürokratisierung

komplexer. Die Antrags-, Verhandlungs- und Abrechnungsverfahren werden bürokratischer. Verwaltungsvereinfachungen werden in der Praxis nicht genutzt bzw. nicht umgesetzt. Prüfbehörden formulieren zusätzliche Auflagen.

Der Paritätische Sachsen muss den Dialog mit Verwaltung und Prüfbehörden einfordern und intensivieren, um bürokratische Aufwände für die Träger Sozialer Arbeit und Bildung zu reduzieren. Dafür muss der Verband die belastenden Regelungen konkret identifizieren und für den Dialog mit Entscheidungsträger*innen alternative Vorschläge entwickeln. Dabei muss stets die besondere Situation gemeinnütziger Organisationen kommuniziert werden.

Regionale Entwicklungsperspektiven gewinnen an Bedeutung. Die sächsischen Regionen entwickeln sich unterschiedlich. Das macht eine kontinuierliche Bedarfserhebung und darauf aufbauende Planungsprozesse für die soziale Infrastruktur notwendig.

Der Paritätische Sachsen muss Herausforderungen anhand regionaler Daten und Statistiken beschreiben und kommunal auf verbindliche Planungsprozesse hinwirken. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss ämterübergreifend und mittelfristig gedacht werden, um die tatsächlichen Bedarfe erfüllen zu können.

Durch Migration wird unsere Gesellschaft

diverse. Die Bedeutung geeigneter und dauerhafter Integrationsangebote steigt. Niedrigschwellige Zugänge zu Bildung, Beratung und Arbeitsmarkt für zugewanderte Menschen werden für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Sachsens wichtiger.

Der Paritätische Sachsen muss auf eine flächendeckende Struktur an Integrationsangeboten hinwirken, die Potenziale von Zuwanderung betonen und den Abbau bürokratischer Hürden für zugewanderte Menschen anstreben. Gleichzeitig müssen Träger Sozialer Arbeit beim Erwerb interkultureller und diversitätsorientierter Kompetenzen unterstützt werden.

Die Bevölkerung wird älter. Die altersbedingten Pflegebedarfe steigen und werden zunehmend komplexer. Die Versorgungssysteme für Menschen mit und ohne Behinderung sind für diese Entwicklung nicht ausgelegt. Zunehmender Fachkräftemangel verschärft die Versorgungssituation. Gesellschaftlich, politisch und gesetzlich wird immer stärker Selbstorganisation forciert.

Der Paritätische Sachsen muss sich einerseits für Versorgungsstrukturen einsetzen, die den individuellen Bedarfen älterer Menschen gerecht werden können. Anderseits muss der Verband sich auch in diesem Bereich für Selbsthilfe und vielfältige Hilfestrukturen für ältere Menschen stark machen.

Es werden weniger Kinder geboren. Der Geburtenrückgang hat konkrete Auswirkungen auf die frühkindliche und schulische Bildung sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Der Paritätische Sachsen muss die bedarfsbedingte Anpassung der Infrastruktur mitgestalten. Gleichzeitig muss der Blick auf den Chancen für Qualitätsverbesserungen, Bildungsgerechtigkeit und Inklusion im Bildungsbereich liegen.

Chancengerechtigkeit und Armut nehmen

zu. Grundbedürfnisse – wie beispielsweise bezahlbares Wohnen, eine gute Ernährung, der Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung, Mobilität und soziale Teilhabe – sind für viele Menschen nicht gesichert. Die Problemlagen verschärfen sich.

Der Paritätische Sachsen muss die Ursache für Chancengerechtigkeit und Armut differenziert betrachten und fachbereichsübergreifend an Lösungen arbeiten. In seiner Verantwortung als Wohlfahrtsverband sind gesellschaftliche Schieflagen öffentlich anzusprechen, die Ausgrenzung begünstigen oder selbstbestimmte Teilhabe erschweren. Die Potenziale von Inklusion und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind zu stärken.

Arbeitsfeld- und trägerübergreifende Kooperationen werden wichtiger.

Bevölkerungsrückgang, knappe Kassen und Fachkräftemangel führen zu erheblichen Veränderungen in der sozialen Angebotslandschaft. Daher braucht es neue Formen der Kooperation, um die Zugänglichkeit zu sozialen Angeboten abzusichern.

Der Paritätische Sachsen muss die Veränderung der Angebotslandschaft mitgestalten. Dabei müssen Lösungen spezifischer und regionaler gedacht werden. Kooperationen mit Unternehmen, dem Gesundheitswesen und der Verwaltung müssen ausgebaut werden.

Fokus der verbandlichen Arbeit: Interessen wirksam vertreten

Den Anker des Zukunftskonzepts 'Parität 2030' bildet der Verbandszweck. Aus §2 Abs. 2 der Verbandssatzung ergeben sich folgende Aufgaben des Paritätischen Sachsen:

- Beratung
- Information
- Vernetzung
- Weiterbildung
- Interessenvertretung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Engagement fördern

Den Diskussionsprozess fortsetzend haben Vorstand, Geschäftsführung und Mitarbeitende bei einer sich anschließenden Klausur

herausgearbeitet, auf welche Aufgaben sich der Verband konzentrieren muss, um die zehn Schwerpunkte im Sinne seiner Mitglieder zielführend bearbeiten zu können. Dabei ergab sich ein deutliches Bild: Die Interessenvertretung muss in der verbandlichen Arbeit nach vorn gestellt werden. Die Mitarbeitenden müssen ihre Kompetenzen in diesem Bereich ausbauen und das fachbereichsübergreifende Arbeiten intensivieren, wofür sie zeitliche Ressourcen benötigen. Um die Interessen der Mitglieder vertreten zu können, braucht es zudem eine fortlaufende verbandsinterne Vernetzung. Auch die strategische Kommunikation (Information und Öffentlichkeitsarbeit) gewinnt an Bedeutung.

Ausblick: Diskussion, Beschluss und Umsetzung

Auf den Regionalkonferenzen im Mai und Juni 2025 stellt der Verband den Mitgliedern die Schwerpunkte des Zukunftskonzeptes und seine Neuausrichtung vor. Es folgt die Debatte, welche Auswirkungen das Zukunftskonzept auf die konkrete verbandliche Arbeit haben wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie der Verband und seine Mitglieder gemeinsam Wirkung entfalten können und was in welcher Form leistbar ist.

Auf der Mitgliederversammlung im September 2025 soll das Zukunftskonzept dann beschlossen werden. Die zehn Schwerpunkte werden ab 2026 in „Verbandspolitischen Leitlinien“ fachlich-inhaltlich mit Arbeitsschwerpunkten unternutzt.

Kontakt:

Michael Richter
Landesgeschäftsführung
Tel.: 0351 - 828 71 120
E-Mail: michael.richter@parisax.de